

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlicher Redakteur: Dresden, Bernauer-Str. 10, 10011
Redaktion: Dresden, Bernauer-Str. 10, 10011
Druck: Dresden, Bernauer-Str. 10, 10011

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Bestellung monatlich 2.00 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Porto), durch Zahlung 2.00 RM. einschließlich 10 Pfg. Postgebühr (ohne Postgebührensteuer) bei 7 mal wöchentlichem Bezug. Einzelhefte 10 Pfg. Postgebühr. Bei einjährlicher Bestellung 20 RM. einschließlich 1.00 RM. Postgebühr. Bei halbjährlicher Bestellung 10 RM. einschließlich 0.50 RM. Postgebühr. Bei vierteljährlicher Bestellung 5 RM. einschließlich 0.25 RM. Postgebühr. Bei monatlicher Bestellung 0.50 RM. einschließlich 0.05 RM. Postgebühr. Bei wöchentlichem Bezug 0.10 RM. einschließlich 0.01 RM. Postgebühr. Bei täglicher Bestellung 0.05 RM. einschließlich 0.005 RM. Postgebühr. Bei wöchentlichem Bezug 0.10 RM. einschließlich 0.01 RM. Postgebühr. Bei täglicher Bestellung 0.05 RM. einschließlich 0.005 RM. Postgebühr.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden, Bernauer-Str. 10, 10011
Redaktion: Dresden, Bernauer-Str. 10, 10011
Druck: Dresden, Bernauer-Str. 10, 10011

Endgültiges Wahlergebnis in Frankreich

Tardieu geschlagen - Herriot Sieger

Ruck nach links

Paris, 9. Mai. Das französische Innenministerium veröffentlicht heute früh ein vorläufiges Wahlergebnis über das Wahlergebnis, der 603 Kammerstimme umfasst. Das Ergebnis lautet:

Die Rechte:	Stimmen	1. und 2. Wahlgang	Stimmen
Rechtstehende Konservative	8	3	5
Republikanisch-demokratische Vereinigung (Marin)	90	44	76
Unabhängige Republikaner	26	13	28
Katholische Demokraten	19	10	16
Linksrepublikaner (Tardieu)	101	87	72
Rechtstehende Radikale	90	25	62
Die Linke:			
Radikale (Herriot)	109	63	137
Sozialrepublikaner und rechtsstehende Sozialisten	82	9	87
Sozialisten	112	40	129
Unabhängige Kommunisten	5	3	11
Kommunisten	10	1	12

Es fehlen noch die Ergebnisse aus Guayana und Guadeloupe, während die Wahlen in Réunion erst am 15. Mai stattfinden.

Tardieu verzichtet auf Wiederbeauftragung

Paris, 9. Mai. Der französische Kabinettsrat ist am heutigen Montag um 10 Uhr vormittags unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Tardieu im Außenministerium zusammengetreten, um sich mit den Ergebnissen der Kammerwahlen und der bevorstehenden Wahl des Präsidenten der Republik zu befassen. Der Kabinettsrat hat einstimmig beschlossen, der Wiederbeauftragung entsprechend dem neuen Präsidenten am Dienstagabend den Gesamtrücktritt zu unterbreiten. Der Ministerpräsident wird den Staatspräsidenten bitten, von einer neuen Vertrauensfrage mit der Regierung abzusehen. Ergänzend erklärte Tardieu der Presse, daß das Kabinett bereit sei, die Geschäfte bis zum 1. Juni weiterzuführen.

Das Kleinbürgertum hat gesiegt

Paris, 9. Mai. Die Radikalsocialisten und die Sozialisten, die beiden Grundpfeiler des Kartells von 1924, verfügen jetzt in der Kammer über 288 gegen bisher 217 Stimmen. Wenn man die liberalen Vorkämpfer hinzurechnet, so könnte sich eine absolute Mehrheit ergeben, doch ist bei solchen Berechnungen einige Vorbehalt anzunehmen, da die Gruppierungen der neuen Kammer nicht unbedingt mit denen der alten gleichzusetzen sind. Die Rechte zählt heute rund 100 Mandate gegen 145 in der alten Kammer, während die Mitte, die Volksdemokraten hinzugezählt, etwa 140 gegen bisher 204 Sitze einnimmt. Selbstverständlich sind auch diese Daten mit Vorbehalt anzunehmen, da das amtliche Ergebnis noch schwankt.

Wenn es heute noch zutrifft, daß Herriots Radikalsocialisten ein Vorkämpfer mit der Mitte anstreben, so wäre eine etwa 310 bis 320 Abgeordnete zählende Konzentration der Mitte denkbar.

dar, der eine allerdings sehr starke Opposition von der äußersten Rechten und äußersten Linken gegenüberstehen würde. In politischen Kreisen macht man geltend, es sei nicht ausgeschlossen, daß die französische Kammer in die Lage gerate, nicht arbeitsfähig zu sein. Angesichts dieser Drohung läßt auf den einzelnen Gruppen eine besonders schwere Verantwortung.

Das Hauptgewicht dieser Verantwortung ruhe auf Herriot.

In zweiter Linie hänge sehr viel von Tardieu ab, der sich entscheiden müsse, ob er unter Ausschluß der Rechten mit Herriot zusammengehen wolle. Zuerst fällt es auf, daß die Reaktionen der bisherigen Mehrheit und besonders der Rechten sehr kleinlaut geworden sind. Mit ganz wenigen Ausnahmen wird der starke Eindruck von dem Wahlergebnis angedeutet. Die Gründe für diesen Eindruck erklären sich aus der Mentalität des französischen Volkes. Es nichts so sehr fürchtet wie Unruhe, Unsicherheit und finanzielle Gefahr.

Der französische Sparer zittert um seine Spargroschen.

Vielen Franzosen ist klar geworden, daß die Welt in einen politischen und moralischen Strudel geraten ist, der auch die „glückliche Insel“ Frankreich mitzureißen droht. Es fragt sich natürlich, wieweit man bereit ist, praktische Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. In dieser Hinsicht ist jeder übertriebene Optimismus unangebracht. Gewiß kann der Franzose politisch denken, doch ist seine politische Beziehung so konservativ und in vieler Beziehung so engverwurzelt, daß ihm jede Umkehrung außerordentlich schwerfällt.

Von den Radikalsocialisten wissen wir, daß sie eine ausgesprochen kleinbürgerliche und nationale Partei darstellen.

Dieser Partei wohnt ihrem ganzen Aufbau nach kein großer politischer Schwung inne. Dazu lebt in ihrer alten Generation in außenpolitischer Hinsicht der Geist des Jakobinismus. Wohin die Wege Frankreichs gehen werden, wird sich erst deutlich zeigen, wenn die neue Kammer zusammengetreten ist, die Gruppen sich gebildet haben und die zukünftige Mehrheit sich deutlicher abzeichnet.

Nicht wiedergewählt

Paris, 9. Mai. In den Abgeordneten der französischen Kammer, die gestern beim zweiten Wahlgang in Mandat mehr erhalten haben, gehört u. a. der ehemalige Unterstaatssekretär für nationale Wirtschaft, Gignoux, der der deutsch-französischen Wirtschaftskommission als Generalsekretär angehört. Ferner erhielten kein Mandat der ehemalige französische Vizepräsident in Bern, Jean Deneff, der Führer der rechtsstehenden Sozialisten Chabrun, der ehemalige Delegierte in der Abrüstungskommission Louis Dubois, der Unterstaatssekretär für Fremdenverkehr, Gaston Gérard, die elfstimmigen Regionalisten Hoch, Schall und Hill, die Kommunisten Cahu und Martin. Unter den neugewählten Abgeordneten befindet sich Jean Deschanel, der Sohn des ehemaligen Präsidenten der Republik, Paul Deschanel.

Der Reichstag tritt zusammen

Vor einer großen Rede Dietrichs

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Mai. Heute tritt der Reichstag zu einer dreitägigen, möglicherweise auch vierstägigen Sitzungsperiode wieder zusammen. Es ist damit zu rechnen, daß Reichsfinanzminister Dietrich schon in der heutigen Sitzung im Zusammenhang mit dem Schuldenentlastungsgesetz und dem Kreditermäßigungsengesetz einen Überblick über die augenblickliche Finanzlage des Reiches geben wird. Es ist zu erwarten, daß bis Ende der Woche der Reichstag noch nicht fertiggestellt sein wird. Infolgedessen wird der Reichspräsident, um weitere Verluste zu vermeiden, voraussichtlich zum ersten Male von der geänderten Geschäftsordnung Gebrauch machen und den Etat ohne erste Lesung dem Reichstag auszuweisen. Der Haushaltsaufschuß dürfte für die Etatberatungen dann etwa 14 Tage bis 3 Wochen brauchen. Werden diese Fristen eingehalten, dann könnte die zweite Lesung des Haushalts im Reichstag Anfang Juni beginnen.

Für den Wiederzusammentritt des Reichstages sind von der Polizei umfassende Vorkehrungen getroffen worden, um etwaige Demonstrationen zu verhindern.

Die deutsche nationale Reichstagsfraktion bestimmte als Redner für finanzpolitische Fragen den Abgeordneten Dr. Bang und für die außenpolitischen Angelegenheiten den Abg. Dr. Kleiner. Die Fraktion beschloß weiter die Einbringung eines Mißtrauensantrages gegen die Reichsregierung in ihrer Gesamtheit und besonders Mißtrauens-

anträge gegen Brüning und Dietrich. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion bestimmte als Redner die Abg. Goering und Straßer. Mißtrauensanträge werden eingebracht gegen das Gesamtkabinett und gegen Dietrich, Goering und Stresemann. Ferner wird ein Antrag auf Aufhebung der Notverordnung über das Verbot der SA und SS, und ein Amnestieantrag eingebracht werden.

In der Fraktion der DVP gab der Parteiführer Dr. Dingeldey den Situationsbericht. Danach wurden die innerhalb der Fraktion notwendig gewordenen Neuweisungen vorgenommen. Den Fraktionsvorsitz behielt Dr. Dingeldey. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Abg. Dr. Gungl (für den auf einer längeren Auslandsreise befindlichen Abg. Dauch) und Dr. Kalle gewählt, zu Geschäftsführern die Abg. Moratz und Dr. Meiß.

1295 Millionen Defizit im Reichshaushalt

Berlin, 9. Mai. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen im März 1932 (Angaben in Millionen Reichsmark) im ordentlichen Haushalt die Einnahmen 891,9 (Februar 880,0) und die Ausgaben 1068,9 (889,9). Unter Berücksichtigung von 610,5 früherem Fehlbetrag stellt sich das Defizit Ende März 1932 auf 874,0 (Ende Februar 742,0). Für den außerordentlichen Haushalt ergibt sich für März eine Mehrausgabe von 39,1 (Februar 2,7), so daß sich hier für das Ende des Berichtsmontats unter Berücksichtigung des aus dem Vorjahre übernommenen Fehlbetrags von 261,4 ein Defizit von 421,4 (Ende Februar 288,3) ergibt. Das Gesamtdéfizit beider Haushalte einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen Fehlbeträge errechnet sich also auf 1295,4 (Ende Februar 1130,3).

Die französischen Stichwahlen haben nun doch noch die Herrschaft gebracht, die nach dem Kollaps im ersten Wahlgang sehr unwahrscheinlich geworden war. Das Gesamtergebnis deutet einen Ruck nach links an, wie ihn selbst die Optimisten der Rechten und die Befürworter der Rechten nicht erwartet hatten. Er ist zwar nicht so katastrophal wie der politische „Erdrutsch“, der vorher in Deutschland und England in umgekehrter Richtung die Verhältnisse von Grund auf verändert hat, aber doch bedeutend genug, um auch in Frankreich eine Aenderung der allgemeinen Politik zu erzwingen, die seit vier Jahren von dem Schatten Poincarés beherrscht war. Tardieu ist der geschlagene dieses Wahlganges. Das steht nun unwiderruflich fest. Vielleicht hat ihm der gestrige Tag gelehrt, daß er besser getan hätte, trotz seiner Heiterkeit zu den fünf Nächten-Beratungen nach Genf zu reisen. Jedenfalls hat ihm die Verschleierung seiner außenpolitischen Absichten beim französischen Volke nichts mehr genützt, das sein Urteil über das inner- und wirtschaftspolitische Verlangen der Regierung Tardieu längst gefaßt hatte.

Zwei Seiten dieses Wahlergebnisses müssen besonders hervorgehoben werden. Als interessanteste vor allem die, daß die Volkstimmung auf die Ermordung des Staatspräsidenten politisch nicht reagiert hat. Allgemein wurde erwartet, daß dieses Ereignis den Rechtsparteien neuen Auftrieb geben, zum mindesten ihre Niederlage verhindern würde. Es hat auch von dieser Seite nicht an Versuchen gefehlt, Verwirrung zu schaffen und das Unglück parteipolitisch auszunützen. Die Wähler haben sich aber diesem Druck entzogen, und sie haben sich auch nicht — das ist die andere bemerkenswerte Tatsache — durch das Hitlergespenst schrecken lassen, das ihnen vor allem Tardieu in der Regierungspromulganda als nationale Gefahr für Frankreich vorgeführt hatte. Der deutsche Nationalsozialismus wirkt nur in den Pariser Ausschüssen und Redaktionen als Schrecken, für die Stimmabgabe der Bürger und Bauern bleiben die eigenen Sorgen maßgebend, der Steuerzettel und die Befürchtung, daß mit den bisher angewandten Mitteln die Ausbreitung der Wirtschaftskrise über Frankreich nicht eingedämmt werden könne. Darüber hinaus erklärt sich der Erfolg der Linken aus ihrer besseren Koalitionsdisziplin, die darin zum Ausdruck kam, daß die drei maßgebenden Linksparteien, die Radikalen, die Sozialrepublikaner und die wirklichen Sozialisten, sich in der Weise Wahlhilfe leisteten, daß jede ihren Kandidaten des ersten Wahlganges im zweiten Wahlgang zugunsten desjenigen Kandidaten zurückgab, der vor einer Woche die höchste Stimmenzahl erreicht hatte.

Für uns hat es wenig Zweck, die Gewinne und Verluste der einzelnen Parteien gegeneinander abzuwägen, schon weil ihre Bezeichnungen nicht vergleichbar sind. Was sich aus dem Wahlergebnis als wesentliches herausstellt, ist die Tatsache, daß die große Rechtsgruppe unter Marinis Führung für die künftige Regierungsbildung entscheidend wird, und daß das Geheiß des politischen Handelns von der Mitte auf die bürgerliche Linke, von Tardieu auf Herriot, übergeht. Wider Erwarten haben sich die Gewinne der Linken ziemlich gleichmäßig auf Herriots bürgerliche Demokraten und auf Leon Blums marxistische Sozialisten verteilt, ein Umstand, der unseren deutschen Sozialdemokraten zur besonderen Freude und zum Trost über ihren eigenen Krebsgang gereichen wird. Zusammen verfügen die Linksparteien über eine solide Mehrheit; sie muß aber nicht die neue Kammermehrheit werden, denn die Entscheidung liegt, wie gesagt, bei Herriot, der als Führer der Radikalen auf deren rechten Flügel steht, mehr der Mitte als den Sozialisten zugewandt. Ihm stehen zwei Möglichkeiten offen: er kann entweder in einer Erneuerung des Linkskartells die Sozialisten einbeziehen und zur Ermüdung nur die linksgerichtete Mitte heranziehen, oder eine Konzentration der Mitte vornehmen, die auf die Sozialisten ebenso verzichtet wie auf die rechtsstehende Marinigruppe. Den Sozialisten bietet also die neue Lage die Möglichkeit, zu entscheiden, ob sie an einer bürgerlichen Linkeregierung teilnehmen wollen, die Radikalen Herriots dagegen sind in der eigentlichen Schlüsselstellung; sie können wählen, ob sie die Sozialisten oder die nach rechts neigende Mitte von der Regierung ausschließen wollen.

Eine andere Frage ist die, ob sich der überraschende Wahlausfall auf die Wahl des Präsidenten der Republik auswirken wird. Sollte die neugewählte Kammer darüber zu entscheiden, so würde zweifellos ein Kandidat aus ihrer Linksmehrheit auf den Präsidentenstuhl erhoben werden. Die alte Kammer, die zusammen mit dem Senat den Wahlakt in Versailles durch eine sonderbare Verkettung der Umstände noch zu vollziehen hat, steht dagegen vor der schwierigen Frage, ob sie noch ihrer überholten politischen Zusammenlegung oder unter Berücksichtigung des gestrigen Volksurteils das künftige Staatsoberhaupt bestimmen soll. Wenn sie ihren parteipolitischen Neigungen nachgibt und den von Poincarés empfohlenen Rechtskandidat